

Menschen mit Behinderungen - unvollständige Rechte und eine bittere Realität

Samah Al-Shaghdari

Trotz des gut ausgebauten Hilfesystems in Deutschland haben Geflüchtete und zugewanderte Menschen mit Behinderung immer noch Schwierigkeiten, Zugang zu grundlegenden Dienstleistungen in wichtigen Sektoren wie dem Gesundheits- und Sozialwesen zu erhalten und dadurch eine aktive Rolle und Teilhabe in den verschiedenen Lebensbereichen der deutschen Gesellschaft einzunehmen.

Gesetzliche Forderungen

„Empowerment Now“ ist ein ehrgeiziges Projekt, das 2020 von Handicap International ins Leben gerufen wurde und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration sowie der UNO Flüchtlingshilfe gefördert wird. Im Rahmen des Projektes setzen sich geflüchtete Menschen mit Behinderung für ihre Rechte und Interesse in Deutschland ein. Ziel ist es, Barrieren zu überwinden, um ein Umfeld zu schaffen, das die gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht und den Eintritt in den allgemeinen Arbeitsmarkt erleichtert. Vorurteile sollen beseitigt werden, indem Politik und Verwaltung für die Bedarfe von Geflüchteten mit Behinderung sensibilisiert werden, damit in Deutschland Gesetze erlassen werden, die zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen beitragen.

Die Realität von Menschen mit Behinderungen ist geprägt von zahlreichen Einschränkungen durch ihre Umwelt. Angefangen von fehlender Unterstützung, einem eingeschränkten Recht auf inklusive Teilhabe, Inklusion und Partizipation in allen Lebensbereichen ohne Hindernisse und auf ein möglichst unabhängiges Leben.

Die Mitglieder der Selbstvertretungsgruppe „Now! Nicht Ohne das Wir“ trafen sich in Köln mit Unterstützer*innen, um ihre Träume und Forderungen in konkrete Ideen und Vorschläge zur Beseitigung der Differenzen umzuwandeln. Die Mitglieder der Gruppe vertreten dabei eigenständig die Interessen und Belange von Geflüchteten mit Behinderung, um am Prozess der Rechtsänderung zu partizipieren und Entscheidungsträger zu beeinflussen.

Die Entwicklung von Bildungs- und Berufs- und Gesundheitseinrichtungen, die auf Menschen mit Behinderungen spezialisiert sind und die Einrichtung einer speziellen Regierungsbehörde, die sich um alle ihre Bedürfnisse kümmert (u.a. den Grad der Behinderung feststellt, entsprechende Ausweise ausstellt und Beratung anbietet), sind Teil wichtiger politischer Prozesse und beinhalten viele Themen, die aus der Perspektive der Gruppe bearbeitet, besprochen und vertreten werden wollen.

Einige Mitglieder der Gruppen bestätigen den Mangel an Fachpersonal mit ausreichend Erfahrung im Umgang mit Kindern und Erwachsenen mit Behinderung in den Bereichen Rehabilitation, Medizin, Bildung, Psychiatrie, Kinder- und Zahnheilkunde. Dieser Mangel führt zu sehr langen Wartezeiten, um Termine bei Fachärzt*innen zu bekommen.

Ebenfalls wurde darüber diskutiert, wie wichtig es ist, Berufe im Zusammenhang mit Rehabilitation, Physio- und Ergotherapie und Logopädie für Arbeitnehmer*innen motivierender zu gestalten, insbesondere mit Blick auf Gehälter, Arbeitsbedingungen und Qualifizierungen für den Umgang mit verschiedenen Behinderungen.

Nach Ansicht der durch die Amal Hamburg Redaktion befragten Gruppenmitglieder sollte bei der Pflege eines beeinträchtigten Familienmitglieds, die notwendige Unterstützung vorhanden sein, um pflegende Angehörige ein Sicherheitsgefühl zu vermitteln. Ebenfalls ist auf eine barrierefreie und leicht zu erreichende Unterbringung zu achten.

Die Gruppenmitglieder diskutierten die Schwierigkeiten der pflegenden Angehörigen, denn diese sind neben vollumfänglicher Pflegetätigkeiten meist nicht in der Lage ihren Lebensunterhalt zu sichern. Vor allem die Einschränkungen im Bereich der Niederlassungserlaubnis und Einbürgerung spielen dabei eine große Rolle. Da diese Prozesse sehr langwierig sind, fehlt oftmals die nötige, angemessene finanzielle Unterstützung um sich selbst zu versorgen. Zudem betonten sie, dass den Renten pflegender Angehöriger genug Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte, damit auch ein sorgenfreier Lebensunterhalt im fortschreitenden Alter gewährleistet werden kann.

Rechtsbeistand

Die Teilhabe am Arbeitsleben ist essentiell für die Erlangung einer Staatsbürgerschaft oder Niederlassungserlaubnis in Deutschland. Diese Tatsache stellt vor allem geflüchtete Menschen mit Behinderung vor eine zusätzliche Hürde. Die Barrieren, denen Geflüchtete mit Behinderung beim Zugang zum Arbeitsmarkt gegenüberstehen, scheinen bislang kaum beachtet zu werden, was die Chancen auf eine Beschäftigung sehr schwierig macht. Eine veränderte Gesetzeslage könnte dazu beitragen den Zugang zu einem Arbeitsplatz in Unternehmen zu erhöhen und die Ausübung einer Beschäftigung zu erleichtern, insbesondere durch die betriebliche Etablierung einer Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung und der Bereitstellung angemessener Arbeitsmittel.

Die Mitglieder forderten, Informationen in leichter Sprache bereitzustellen, Gesetze verständlicher zu machen, den ungehinderten Zugang zu Einrichtungen des öffentlichen Lebens und zu Freizeitbeschäftigungen zu ermöglichen und jede Form der Diskriminierung von Frauen mit Behinderungen, insbesondere von geflüchteten Frauen, zu bekämpfen, mit dem Ziel, ihre Rechte vollständig zu erlangen.

Um dieser Vision näherzukommen, versucht die Selbstvertretungsgruppe "Now! Nicht Ohne das Wir" alle an sie herangetragene Vorschläge und Forderungen von Geflüchteten und Migrant*innen mit Behinderungen aufzunehmen, sich mit anderen Selbstvertretungsorganisationen zu vernetzen und mit Politiker*innen, Entscheidungsträger*innen und weiteren Akteur*innen in Kontakt zu treten. Ziel ist es, eine vollumfängliche gesellschaftliche Teilhabe zu erzielen, die die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen mitdenkt und zu ihrer Selbstverwirklichung als handlungsfähige Gruppe führt.